

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

angesichts der bevorstehenden Sondierungs- und ggf. späteren Koalitionsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD ist zu erwarten, dass auch die Zukunft der Braunkohle in Deutschland erneut Thema der Verhandlungen sein wird. Als Landräte von drei Landkreisen, die direkt vom aktiven Braunkohle-Tagebau geprägt sind, dem Burgenlandkreis (Mitteldeutsches Revier), dem Rhein-Erft-Kreis (Rheinisches Revier) und dem Landkreis Spree-Neiße (Lausitzer Revier), sind wir besorgt, welche schwerwiegenden Auswirkungen ein nicht planbarer und nicht substituierter Ausstieg aus der Braunkohleverstromung für die drei aktiven Reviere und insbesondere unsere Landkreise haben kann.

Natürlich ist das Thema für uns weder neu noch überraschend. Uns ist zudem der ökologische Nutzen des Kohleausstiegs bewusst. Daher werden in allen drei Braunkohlerevieren seit längerer Zeit Überlegungen angestellt, wie wir einen unvermeidlichen Strukturwandel gestalten können. Im Rahmen unserer Kompetenzen und Möglichkeiten arbeiten wir an sozialen, Bildungs- und Wirtschaftsstrukturen, die einen Wegfall der Kohlewirtschaft kompensieren können. Die Hoch- und Fachschulen in unseren Revieren sind wichtige Partner unserer Aktivitäten zum Strukturwandel.

Angesichts der Dimensionen dieser Herausforderung – zehntausende Arbeitsplätze und Betriebsflächen von hunderten Quadratkilometern sind betroffen – ist es kommunalen Gebietskörperschaften aber schlichtweg unmöglich, den drohenden ersatzlosen Wegfall des gesamten Wirtschaftszweiges alleine zu kompensieren. Die hohe Zahl an Industriearbeitsplätzen bietet gerade auch für angehende Fachkräfte und deren Familien einen wichtigen Baustein für ihre Lebens- und Berufsperspektiven.

Wir sind der Bundesregierung dankbar, dass sie mit dem Vorhaben „Unternehmen Revier“ im Bundeswirtschaftsministerium einen ersten Schritt auf uns zugegangen ist. Gleichwohl sind die dort aufgezeigten Möglichkeiten für unsere Reviere überaus bescheiden und bei weitem nicht ausreichend. Den drohenden sozialen Verwerfungen angesichts des massenhaften Wegfalls von Stellen für hochqualifizierte Fachkräfte können die bisherigen Ansätze des Vorhabens jedenfalls nicht gerecht werden.

Wir möchten Sie daher dringend bitten, einen Braunkohle-Gipfel unter Ihrer Leitung ins Bundeskanzleramt einzuberufen, auf dem die drei Reviere ihre Situation und ihre Vorstellungen erläutern können.

Wir würden uns freuen, wenn ein Treffen zu einem Zeitpunkt stattfinden könnte, zu dem die Ergebnisse dieses Zusammentreffens noch Auswirkungen auf die Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD haben können. Die Beteiligung der betroffenen Bundesländer wäre aus unserer Sicht ebenfalls wünschenswert.

Wir wünschen Ihnen angesichts der schwierigen Regierungsbildung beste Erfolge und eine gesegnete Adventszeit.

Mit freundlichen Grüßen

Götz Ulrich
Landrat des
Burgenlandkreises und
Vorsitzender des
Ständigen Ausschusses
für das Mitteldeutsche
Braunkohlerevier

Michael Kreuzberg
Landrat des
Rhein-Erft-Kreises und
Vorsitzender der
Gesellschafterversammlung
Innovationsregion Rheinisches
Revier

Harald Altekrüger
Landrat des
Landkreises Spree-Neiße und
Stellvertretender Sprecher der
Wirtschaftsregion Lausitz
GmbH

 **BÜRGEN**
LANDKREIS

 Rhein-Erft-Kreis

